Seiten-Adresse:
https://www.gesundheitsindustrie-bw.de/fachbeitrag/pm/ernaehrungspolitik-neu-denken-buergerinnen-fordern-mehr-mitbestimmung-und-weniger-spaltung

Ernährungspolitik neu denken: Bürger:innen fordern mehr Mitbestimmung und weniger Spaltung

Essen ist weit mehr als reine Nahrungsaufnahme: 84 Prozent der Deutschen setzen sich bewusst mit ihrer Ernährung auseinander. Für die Mehrheit ist Ernährung ein zentrales Thema, doch die öffentliche Debatte empfinden viele als spaltend und bevormundend.

Laut der aktuellen Ernährungsstudie der Robert Bosch Stiftung und der Organisation More in Common wünschen sich die Bürger:innen eine Politik, die gesunde, regionale und bezahlbare Lebensmittel fördert – ohne Vorschriften oder Verbote. Gleichzeitig fordern sie mehr Mitsprache bei der Gestaltung des Ernährungssystems.

Für die Studie„Meine, deine, unsere? Was uns als Gesellschaft beim Thema Ernährung wichtig ist" wurden im September und Oktober 2024 Menschen zu ihren Gedanken und Wünschen rund um das Thema Ernährung befragt.

Zwischen Genuss, Gewissen und gesellschaftlichem Wandel

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland (62 %) ist mit ihrer Ernährung zufrieden. Geschmack (89 %), Preis (76 %) und gesundheitliche Aspekte (72 %) beeinflussen ihre Lebensmittelwahl am stärksten. Aber auch gesellschaftliche Faktoren wie Regionalität und Tierwohl gewinnen an Bedeutung. Viele Befragte geben an, sich eigentlich gesünder und nachhaltiger ernähren zu wollen, sehen aber Alltagsstress, steigende Preise und den „inneren Schweinehund" als Hindernisse.

Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen durch die öffentliche Ernährungsdebatte unter Druck gesetzt: 70 Prozent empfinden sie als polarisierend, 42 Prozent fühlen sich durch andere Ernährungsstile angegriffen. Besonders deutlich wird dies an den Spannungen zwischen Veganer:innen und Fleischesser:innen, die einander oft abwertend begegnen.

„Wir wollen dazu beitragen, den Diskurs rund um das Thema Ernährung zu versachlichen", sagt Dr. Tabea Lissner, Teamleiterin Klimawandel bei der Robert Bosch Stiftung. „Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass viele Menschen mitreden und mitgestalten wollen. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung ist eine gemeinsame Aufgabe – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Rahmenbedingungen schaffen und die Menschen einbeziehen."

Politik soll Rahmen setzen – ohne zu bevormunden

Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland sieht Handlungsbedarf in der Ernährungspolitik: 62 Prozent der Befragten halten die aktuelle Ernährungspolitik für wirkungslos. Fast zwei Drittel der Deutschen sehen großen gesellschaftlichen Veränderungsbedarf in der Ernährungspolitik. Sie wünschen sich klare politische Rahmenbedingungen – allerdings ohne Verbote oder Bevormundung.

Gleichzeitig wollen drei Viertel der Befragten aktiv mitbestimmen – etwa durch Volksentscheide. 55 Prozent möchten beratend, zum Beispiel in Bürgerräten, an politischen Prozessen mitwirken.

„Ernährung ist ein hochpersönliches Thema für die Menschen", sagt David Melches, Autor der Studie und Research Associate bei More in Common. „Daher ist es enorm wichtig, ergebnisoffen und auf Augenhöhe zu kommunizieren. Es sollte allen interessierten Akteuren darum gehen, die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen zu verstehen – und nicht sie zu belehren."

Als politische Prioritäten sehen die Menschen den Umgang mit steigenden Lebensmittelpreisen, Lebensmittelverschwendung sowie ungesunde Ernährung und deren Folgen für Kinder und Jugendliche. Zudem werden das Aussterben traditioneller Lebensmittelgeschäfte und die Massentierhaltung als Herausforderung gesehen.

Pressemitteilung

01.04.2025
Quelle: Robert Bosch Stiftung GmbH

Weitere Informationen

Kontakt Presse
Stefanie Kaufmann Dimeski, Referentin
Robert Bosch Stiftung
Tel.: +49 (0) 30 220025 312

- Robert Bosch Stiftung